

Vorlage Nr. 19/277-S
für die Sitzung der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am 18.01.2017

Flughafen Bremen GmbH

Berichtsbitte des Abgeordneten Rupp zum Bodenverkehrsdienst

A. Problem

Der Abgeordnete Rupp hat um einen schriftlichen Bericht zur Entwicklung des Bodenverkehrsdienstes bei der Flughafen Bremen GmbH in der Sitzung der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen am 18.01.2017 gebeten.

B. Lösung

Der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen berichtet der städtischen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen hierzu:

Bereits seit dem III. Quartal 2015 wurde seitens der Flughafen Bremen GmbH Gremien bezogen eingehend und ordnungsgemäß über die möglichen Folgen der EU-seitigen Auflagen bezüglich der Liberalisierung der Bodenverkehrsdienste berichtet. Die EU seitig geforderte und gesetzlich verpflichtende europaweite Ausschreibung einer 2. Lizenz für die Bodenverkehrsdienste am Flughafen Bremen wurde EU gesetzeskonform erfüllt. Nach dem Verwaltungsverfahren, welches die Vorgaben der Verordnung über Bodenabfertigungsdienste auf Flugplätzen erfüllte, erteilte die Luftfahrtbehörde Anfang 2016 die 2. Lizenz an den belgischen Konzern Aviapartner. Die Gremien der Flughafen Bremen GmbH haben in einer Sondersitzung im August 2016 einstimmig beschlossen, das Geschäftsfeld Bodenverkehrsdienste weiter zu betreiben, und zwar durch eine zukunftsorientierte, wettbewerbsorientierte sowie gleichermaßen beschäftigungsorientierte und veränderte Betriebsorganisation, welche insbesondere die Einhaltung der Vorschriften der EU und des deutschen Gesetzgebers

zum Quersubventionierungsverbot im reglementierten (EU-geregelten) Bodenverkehrsdienst gewährleistet. Orientiert an einem mit dem Konzernbetriebsrat vereinbarten Interessensausgleich, geführt vom Präsidenten a.D. des Landesarbeitsgerichts Bremen, wurden die Vorbereitungen zur Umsetzungen zum 31.12.2016 umgesetzt, stets im Dialog mit den Gremien der Aufsicht und des Gesellschafters.

Zum 1.1.2017 ist die aus der Flughafen Bremen GmbH hervorgegangene Bremen Airport Handling GmbH (BAH/ 100 Prozent Beteiligung der Flughafen Bremen GmbH) an den Start gegangen und beschäftigt in den Gewerken Bodenabfertigungsdienste, Frachtabfertigung und Elektro-/Nachrichtentechnik 142 Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (geboren männlich 137, geboren weiblich 5).

Gemäß Interessenausgleich konnten Beschäftigte der Flughafen Bremen GmbH, Fachbereiche Bodenverkehrsdienste und Fracht, und der Bremen Airport Service GmbH, Fachbereich Flugzeugabfertigung, ein Angebot zum freiwilligen Ausscheiden annehmen, so sie den Teilbetriebsübergängen nicht folgen mochten. Gemeinsam mit der Gewerkschaft ver.di und dem KAV Bremen finden derzeit Tarifverhandlungen statt, um eine Tarifbindung und VBL-Fähigkeit der BAH zu erzielen.

C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die vom Aufsichtsrat genehmigten, einmaligen Restrukturierungskosten betragen T€ 3.000, wovon mithin T€ 2.000 liquiditätswirksam in drei Tranchen (31.12.2016, 31.03.2017, 30.06.2017) werden. Wohlgleich die Restrukturierungskosten (gender neutral) eine Investition in die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze darstellen, sind die Mittel bilanziell nicht aktivierbar und gehen periodengerecht 2016 in die Ergebnisrechnung der Flughafen GmbH ein. Per 31.12.2016 haben 38 Beschäftigte (Gegenwert 32 Vollzeitvolumen; alle geboren männlich, 0 geboren weiblich) beschlossen, das gender-unabhängige und neutrale Abfindungsangebot an zu nehmen und scheiden terminlich stufenweise bis Mitte 2017 aus. Aus heutiger Sicht sind in 2017 keine weiteren betriebsbedingten Trennungen zu erwarten.

Auf der Grundlage der erfolgreichen Restrukturierung des Bodenverkehrsdienstes am Flughafen Bremen konnte zwischenzeitlich mit der Lufthansa AG eine Verlängerung des in 2016 ausgelaufenen Vertrages bis 2021 vereinbart werden.

D. Negative Mittelstands betroffenheit

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte (negative) Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ergeben.

E. Beschluss

Die städtische Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt den Bericht des Senators für Wirtschaft, Arbeit und Häfen vom 09.01.2017 zur Kenntnis.